

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
Anmerkung zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	19
1. Teil: Rechtsstaatlichkeit als Wertefundament der Europäischen Union	21
A. Definitionsansätze in der Rechtsstaatstheorie	23
I. Formelle und materielle Rechtsstaatskonzeptionen	23
II. Versuch der Herausarbeitung eines » <i>conceptual starting point</i> «	26
B. Die Problematik der Übertragung des Rechtsstaatsgedankens auf die europäische Ebene	28
I. Die Europäische Union als Herrschaftsverbund » <i>sui generis</i> «	28
II. Unterschiedliche Ausformungen von Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Mitgliedstaaten	33
1. Die britische rule of law	35
a) Historische Entwicklung	35
b) Die rule of law heute	38
2. Der französische État de droit	40
a) Historische Entwicklung	40
b) Der État de Droit seit der Vierten Republik	42
3. Der deutsche Rechtsstaat	44
a) Historische Entwicklung	44
b) Das grundgesetzliche Rechtsstaatsprinzip	46
4. Verbleibende Unterschiede	47
C. Die Entwicklung rechtsstaatlicher Strukturen innerhalb der Europäischen Union	49
I. Die Entwicklung der allgemeinen Rechtsgrundsätze	50
1. Wertende Rechtsvergleichung	51
2. Gemeinschaftsrechtliche Zielorientierung	52
II. Der Inhalt der allgemeinen Rechtsgrundsätze	53
1. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	54
2. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	54
3. Rechtssicherheit und Vertrauensschutz	55
4. Rechtsschutzgarantie	56
5. Verfahrensgarantien	57
a) Grundsatz der ordnungsgemäßen Verwaltung	57
b) Legal privilege	58

6. Grundsatz des institutionellen Gleichgewichts	59
III. Rechtsstaatliche Strukturen zwischen Autonomie und Rückkoppelung	59
2. Teil: Die Rolle der Rechtsstaatlichkeit in den Außenbeziehungen der Europäischen Union – Tausch der Binnen- gegen eine Außenperspektive	61
A. Erweiterungspolitik	63
I. Die rechtlichen Rahmenbedingungen	63
1. Art. 49 (1) EUV und die Kopenhagen Kriterien	63
2. Die Beitrittsassoziationsabkommen	64
II. Finanzierung: das Instrument für Heranführungshilfe	66
III. Das Beitrittsverfahren	67
1. Der Beginn des Beitrittsprozesses	68
2. Der Kandidatenstatus als notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen	70
a) Die Türkei	71
b) Mazedonien und Kroatien	72
c) Die »5+1«	74
3. Die Beitrittsverhandlungen	74
4. Die Beitrittsreife	75
IV. Problem: Neutralität im Beitrittsprozess	76
V. Die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit in der Erweiterungspolitik	78
1. Die Beitrittskriterien	78
2. Die Heranführungsstrategie	79
a) Analyse-, Fortschrittsberichte, Stellungnahmen und Beitrittspartnerschaften	80
b) Struktur der »pre-accession tools«	81
c) Die Beurteilung der Beitrittsanträge der Türkei, Mazedoniens, Kroatiens und der MOEL	85
aa) Die Legislative	86
bb) Die Exekutive	87
cc) Der Nationale Sicherheitsrat	88
dd) Die Judikative	90
ee) Die Korruptionsbekämpfung	91
ff) Ergebnisse: tabellarische Übersicht	92
d) Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien	100
aa) Die Exekutive	100
bb) Die zivile Kontrolle des Militärs	101
cc) Die Judikative	102
dd) Die Korruptionsbekämpfung	103
e) Die Zuerkennung der Beitrittsreife für die MOEL sowie Malta und Zypern	104

aa) Die Exekutive	105
bb) Die Judikative	106
cc) Die Korruptionsbekämpfung	107
dd) Ergebnisse: tabellarische Übersicht	108
f) Schwerpunktsetzung im Rahmen von »Demokratie und Rechtsstaatlichkeit«	115
VI. Ergebnisse: rechtsstaatliche Anforderungen in der Erweiterungspolitik	118
1. Entscheidungsfindung weder transparent noch stringent	118
2. Keine Differenzierung zwischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	122
3. Judikative und Korruptionsbekämpfung als rechtsstaatliche Schwerpunkte	125
B. Entwicklungshilfepolitik	126
I. Die Politisierung der Entwicklungszusammenarbeit	127
1. Erste politische Anforderungen in der AKP-Entwicklungszusammenarbeit	128
2. Die politische Dimension als Grundpfeiler der Entwicklungshilfepolitik	130
II. Problem: Objektivität und Aussagekraft der Unionsdokumente	132
III. Die Entwicklungszusammenarbeit mit den AKP-Staaten	134
1. Das Cotonou-Abkommen als Vertragsgrundlage	134
2. Die Finanzierung durch den Europäischen Entwicklungsfond	137
3. Rechtsstaatlichkeit i.S.d. Cotonou-Abkommens	138
a) Vertragstext	138
b) Problem: Good Governance	139
c) Das »programming« des 10. EEF	142
aa) Die Länderstrategiepapiere 2008-2013	144
bb) Die Regionalstrategiepapiere 2008-2013	146
cc) Das Governance-Profil	148
d) Die Annual Reports als Überprüfungsmechanismen	149
aa) Rule of law-promotion	150
bb) Governance	151
cc) Fehlende oder anderweitige Kategorisierung	152
e) Einstellung der Hilfszahlungen gemäß Art. 96 und 97	152
aa) »Geeignete Maßnahmen«	152
bb) Förmliche Konsultationsverfahren seit Beginn der post-Lomé-Ära	154
f) Ergebnisse: Vertragsbeziehungen mit den AKP-Staaten	157
IV. Die Entwicklungszusammenarbeit jenseits des AKP-Raumes	158
1. Die Assoziierungs-, Rahmen- und Kooperationsabkommen als Vertragsgrundlagen	158
2. Die Finanzierung durch das Development Cooperation Instrument	161

3.	Das »programming«	162
4.	Sanktionen gegen Staaten jenseits der AKP-Region	164
a)	Kein Gebrauch bestehender Nichterfüllungsklauseln	164
b)	Außenpolitisch motivierte Wirtschaftssanktionen	165
c)	Abgrenzung von Entwicklungspolitik und Außenpolitik	167
5.	Ergebnisse: Entwicklungszusammenarbeit jenseits des AKP-Raumes	169
V.	Ergebnisse: rechtsstaatliche Anforderungen in der Entwicklungspolitik	170
C.	Nachbarschaftspolitik	173
I.	Gründe für die ENP	175
II.	Die strategische Herausforderung der ENP	178
III.	Problem: Interessen der EU jenseits der ENP	182
IV.	Schaffung einer Rechtsgrundlage durch den Vertrag von Lissabon	184
V.	Finanzierung: das ENPI	184
VI.	Die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit im Rahmen der ENP	185
1.	Die Grundlagen der Nachbarschaftspolitik	185
2.	Partnerschafts-, Kooperations- und Assoziierungsabkommen als Vertragsgrundlagen	186
3.	Das »programming«	189
a)	Länderstrategiepapiere und Nationale Richtprogramme	190
b)	Regionalstrategiepapier	192
4.	Aktionspläne	193
5.	Die jährlichen Fortschrittsberichte	196
6.	Sanktionen	198
VII.	Ergebnisse: rechtsstaatliche Anforderungen in der Nachbarschaftspolitik	200
3. Teil:	Die European Rule of Law als Anwendungsfall eines gemeineuropäischen Rechts?	203
A.	Das Rechtsstaatskonzept in der Erweiterungs-, Entwicklungs- und Nachbarschaftspolitik	203
I.	Justizreform	204
II.	Rechtsdurchsetzung	204
III.	Stabilität	205
IV.	Zivile Kontrolle von Militär, Geheimdiensten und Polizei	205
V.	Korruptionsbekämpfung	205
VI.	Strukturierung der öffentlichen Verwaltung	205
B.	Die Beschaffenheit des Rechtsstaatsbegriffs in der europäischen Außenpolitik	206
I.	Formell oder materiell	206
1.	Die Problematik einer »gerechten« Rechtsordnung	208

2. Die Gefahr einer Rechtsordnung ohne Moral	208
II. Unlösbare Verknüpfung	209
III. Die Rolle der Institutionenbildung	211
IV. Die Folgen von Diplomatie, Wirtschaftlichkeit und Pragmatik	212
C. Fazit	213
I. Weniger gefestigt als ein nationales Rechtsstaatsverständnis	214
II. Mehr als die allgemeinen Rechtsgrundsätze: das Prinzip »Rechtsstaat« als außenpolitisches Instrument	214
III. Ausblick	216
Literaturverzeichnis	217